

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für Halle-Merseburg mit der illustrierten Internationalen Arbeiter-Zeitung „Sichel u. Hammer“

Der Klassenkampf erscheint jeden Freitag nachm., außer am 1. Febr. Preis pro Jahr 3 Mark, 6 Monate 1,80 Mark, 3 Monate 1,00 Mark, 1 Monat 0,40 Mark, durch die Post bezogen 2,00 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag und Druck: Arbeiter-Gesellschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Halle, Lindenstraße 14.

Herausgeber: Richard Schmetzer

Abbestellungspreis: 9 Goldpfennig f. d. Millimeter 606 u. Spalte; 38 Goldpfennig f. Restform in Textfeld. Druckkosten zu richten nach Halle, Lindenstraße 14. Tel. 1065, 1067, 2251. Zeitungsbek.-Anstalt (Halle) Halle, Postfach 1008. Halle, Postfach 1008. Halle, Postfach 1008. Halle, Postfach 1008.

Einzelpreis 15 Pf.

Montag, den 10. März 1924

4. Jahrgang Nr. 8

Gemeinsame Front des Chemieproletariats!

Der Riesenkampf in Ludwigshafen

Der Existenzkampf in der Chemie

(E.S.) Ludwigshafen, 8. März.

Es war vorauszu sehen, daß sich die Chemiekapitalisten einen besonders drohenden Platz in den Kreis der Angreifer gegen den Achtstundentag sichern werden. Bereits seit Dezember wird zwischen dem Textilen Fabrikarbeiterverband und den Chemieindustriellen ein bitterer Kampf geführt, mit dem die Arbeiterfront sich gegen die Kapitalisten zu führen kann. Obgleich die Arbeiterfront in allen Betrieben und in allen Kreisen es einmütig abgelehnt hat, irgendein einseitiges Vorgehen zu dulden, haben es die Hauptbeauftragten des Fabrikarbeiterverbandes Strubins und die anderen mitteiligen Gewerkschaftsführer fertiggebracht, dem Schiedsamt Vorschläge zu erstellen, einen verbindlichen Schiedspräsidenten für das gesamte Reich zu wählen. Man ist den sonst üblichen Über- und Nacharbeiten des Ministeriums nicht gegangen, weil die Kapitalisten glaubten, daß sie dort nicht rechtlos ihre Wünsche erfüllt bekommen. Der Fabrikarbeiterverband hat gar kein Recht, für die Gesamtarbeiterfront der chemischen Industrie ein solches Vertragsverhältnis einzugehen, denn nur 10 bis 15 Prozent der beschäftigten Arbeiter sind Mitglieder ihrer Organisation. Nicht recht hat die gesamte Arbeiterfront, mit Ausnahme antwortender Teile, es abgelehnt hat, die Vereinbarungen des Fabrikarbeiterverbandes mit den Unternehmern der chemischen Industrie als für sich bindend anzuerkennen.

Der Interessenkonflikt der Großchemie glaubt, am ersten sein Ziel in Ludwigshafen erreichen zu können, in der Annahme, daß dort die Arbeiterfront den vom gewaltigen Kampf des vergangenen Jahres nur genügend geschwächt ist und soeben ohne großen Widerstand auch in den anderen Betrieben der chemischen Industrie zurückschlagen und vierschäftigen Arbeitssitz zu kommen. Aber die Herren hatten sich verrechnet. Aus der Niederlage des vergangenen Jahres waren neue Kräfte herangewachsen, und als die Direktion am Montag, dem 3. März, durch Anschlag verurteilte, daß von nun an neun Stunden gearbeitet werden sollte, folgte die Arbeiterfront dem Ruf des Industrieverbandes der chemischen Arbeiter, der im vergangenen Jahre schiedsamtlich wurde, und der jetzt sich der überlegenen Mehrheit zum Ablauf der Achtstundentagszeit den Betrieb. Die Direktion drohte am Dienstag mit Gegenmaßnahmen. Sie wollte einzelne Arbeiter entlassen. Als Folge davon mußte sie sehen, daß am zweiten Tag ein noch viel größerer Protesttag nach dem Ablauf der acht Stunden den Betrieb verließ. Am 4. März wurde ein Streik ausgerufen, der die gesamte Arbeiterfront in einer großen Demonstration einmütig anführte. Schon hier zeigte sich die enge Zusammenarbeit zwischen Direktion und Polizei. Letztere erschien plötzlich am Fabrikort und ließ ohne Veranlassung mit blauer Waffe rücksichtslos auf die Männer, Frauen und Kinder ein; viele wurden noch auf der Straße verlegt. In der späten Nachmittagsstunde hat die Mittelung, daß die Direktion beschließen hat, am Donnerstagsmorgen die gesamte Arbeiterfront, 20.000 an der Zahl, auszusperren. Selbstverständlich trafen sich die Fabrikanten mit den 1000 Arbeiter, die sich an der Arbeitsetzeln vor dem Fabrikort ein, weil ihnen von der Auslieferung noch nichts bekannt war, und gaben ihrer Empörung über die brutale Auslieferung der Direktion Ausdruck. Kurz nach 8 Uhr wurde von bis noch unbekanntem Anführer das Haupttor geöffnet, und in ca. 50 Meter Entfernung lag man die deutsche Polizei in Reihen aufgestellt aufmarschieren, die auch die Arbeiter in den Reihen durch den frei gewordenen Eingang gedrängt wurde. Auf die erste Salve bin warnte sich die Menge sofort zur Flucht, konnte aber natürlich den Platz nicht schnell genug räumen, weil eben Laufende von Arbeitern dranhin warteten.

Das Blutbad, das hier von der Polizei angerichtet wurde, war ein grauenhaftes. Die Getroffenen waren alle Frauen, Kinder und Jugendliche, die in Menge getötet wurden. Es ist einwandfrei festgestellt, daß die Arbeiter weder die Wäpfer hatten, das Recht zu führen, noch die Tote gemächlich sprengt haben oder überhaupt daran dachten, die Polizei, von deren Anwesenheit im Werke die Menge erst Kenntnis bekam, als bereits die ersten Schüsse fielen, anzugreifen. Angesichts dieser ganz einwandlosen, schmerzlichen und alle Behauptungen der bürgerlichen und sozialdemokratischen Presse als eine ganz gemeine Lüge bewiesen werden und es bedeutet eine Schandtat des „Vorwärts“, wenn er behauptet, daß von der Arbeiterfront Propaganda vorzulegen habe.

Die Arbeiterfront beschloß einmütig, angesichts dieser Kampfmethoden, ebenfalls zum Angriff überzugehen und die Hoffnungen der Arbeiterfront zu erfüllen. Die Beamten wurden durch Flugblätter aufgefordert, sich solidarisch zu erklären und keine Streikarbeit zu verrichten. Am Nachmittags nahmen eine Demonstration von über 10.000 Beschäftigten zur Lage Stellung und stimmte einmütig der bereits veröffentlichten Resolution zu. Besonders viel Chemie lag man jetzt unter den Ausgesperrten, und auch sie haben für die Resolution gestimmt. Durch diese Resolution hat die ausgeperrte Arbeiterfront den einmütigen Willen bezeugt, in Ludwigshafen selbst alle Kräfte einzusetzen für den Achtstundentag. Sie hat dem 3. März für die Durchführung übertragen, kein Arbeiter hat auch nur noch einen Augenblick Vertrauen zu den Herren des F.A.M.

Die bürgerliche Presse behauptet, daß in der Auslieferungsbewegung sich sozialistische und unionistische Tendenzen gezeigt haben und daß Separatistenführer, vor allem der berühmte K. u. z. sich in Ludwigshafen betätigen. Die Wäpfer der Wäpfer ist ganz zu durchsichtig. Jeder Individualist, vor allem Dingen aber keine separatistischen Tendenzen sind in dieser Bewegung zu hören. Inzwischen ist die Werbung eingelaufen, daß die Gewerkschaftsvorstände der Zentralverbände nach Ludwigshafen kommen wollen, um mit den staatlichen und kommunalen Behörden und der Antikindustrialisierung über die Arbeitsübernahme zu verhandeln. Die Schamlosigkeit der Gewerkschaftsvorstände kann tatsächlich keine Grenzen mehr. Sie sind die Urheber des Verrats am Achtstundentag, sie sind die Schuldigen an der Auslieferung, sie trifft die Verantwortung für das Blutbad, und sie kommen jetzt erneut, angehen von der Arbeiterfront, nur empfangen von dem Wohlwollen der Arbeitermörder und freitrag bezeugt von den Antikindustrialisten, um den Kampf abzumachen. Das wird ihnen aber nicht gelingen.

Der Kampf, der in Ludwigshafen geführt wird, zeigt, daß die revolutionären Kräfte des Proletariats unerschrocken sind, daß sie voll zur Entfaltung kommen dort, wo die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften ihren Einfluß in den Massen verloren haben. Die Arbeiterfront von Ludwigshafen erwartet aber, daß ihre Klassenkämpfer der anderen chemischen Werke, die von dem blutigen Kampf der Arbeiterfront herbeizog, sich einmütig in den Kampf schließen. Es darf auf keinen Fall wieder eintreten, daß eine Gruppe nach der anderen ins Gefecht geführt wird. Hier hilft nur die Einheit der Front des Kampfes in der gesamten chemischen Industrie. Dieser Kampf hat Aussicht auf Erfolg, wenn er gelingt, die aktive Solidarität des gesamten deutschen und internationalen Proletariats auszulösen.

Rache für die Blutopfer

(E.S.) Ludwigshafen, 8. März.

Ein Polizeikommissar wurde gestern Abend in der Gellertstraße von der Menge von einem elektrischen Straßenbahnwagen in der Höhe von ca. 10 Metern Höhe herabgeworfen. Der Kommissar wurde durch den Sturz schwer verletzt. Die Menge in der Höhe von ca. 10 Metern Höhe herabgeworfen. Die Menge in der Höhe von ca. 10 Metern Höhe herabgeworfen. Die Menge in der Höhe von ca. 10 Metern Höhe herabgeworfen.

Hafenarbeiterstreik in Hamburg

(E.S.) Hamburg, 8. März.

Die heute vorgenommene Abstimmung der gesamten Hafenarbeiterfront hat mit überwiegender Mehrheit zum Streikbeschluß geführt. Die Arbeitsunterbrechung soll am Dienstag erfolgen.

Sammelt für die Kämpfenden in Ludwigshafen!

Arbeiter! Klassenossen!
Das blutige und barbarische Antikindustrialist hat uns einen schweren Kampf anvertraut. Er hat es 20.000 Arbeiter auf die Straße geworfen, weil sie nicht gewillt sind, 12 Stunden in den Giftküben zu arbeiten. Die zum äußersten

Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages entlassene Arbeiterfront steht allein dem kapitalistischen Antikindustrialismus entgegen. Der Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages appellieren wir an die

Solidarität des Proletariats
und fordern Euch auf, in allen Betrieben sofort Sammlungen für die streikenden Chemiearbeiter vorzunehmen.

Es lebe der Achtstundentag, es lebe der Sieg des kämpfenden Proletariats!

Die Kampfsitzung der Antikindustrialisten.
Der Chemieverband Ludwigshafen.
Geldbesuchen sind zu richten an:
Chemieverband, Ludwigshafen, Reichshammerstraße 65.

Der Kampf der chemischen Arbeiter, der in der Lebkuchen- und Sodafabrik in Ludwigshafen seinen Anfang genommen hat, ist der Beginn einer großen entscheidenden Auseinandersetzung des bis aufs Blut gegnerischen Chemieproletariats mit den gewaltigen Interessenkonzernen der chemischen Großindustrie. Jahrelang haben diese Kapitalisten sich als die brutalsten Elfenbeinhäuser betätigt und mit den gemeinsten Mitteln die Arbeiterfront ihrer Werte ausgebeutet, niedergedrückt, gemahregelt und zu Krüppeln gemacht. Dank der Unterstützung der Sozialdemokraten und der reformistischen Gewerkschaftsführer konnte es ihnen immer wieder gelingen, jedes Aufwachen des Chemieproletariats niederzuhalten und jeden Kampf für sich siegreich zu entgegnen.

In dieser Zeitperiode glaubten nun die Kapitalisten, daß der Augenblick gekommen sei, wo sie es fertigbringen könnten, auch die letzten Reste des Chemiearbeiters zu rauben, ihnen den Achtstundentag zu nehmen, die Löhne abzubauen, die sozialen und hygienischen Einrichtungen abzuschaffen. Der Unterstützung der Arbeiterfront hätte man sich versichert. Trotz aller radikalen Heben haben stets die Gewerkschaftsführer im Verhandlungszimmer alle Wünsche der Unternehmern abgelehnt und durch ein den Unternehmern geneigtes Schiedsgericht laffentieren lassen.

Das zuletzt getroffene Abkommen ist ein Verrat sonderergleichen. Die Erfüllung des Vertrages hätte zur Folge gehabt, daß ein Drittel der Gesamtarbeiterfront der chemischen Industrie bereits in den nächsten Wochen entlassen worden wäre. Vom Dreißigtage an die achtstündige Arbeitszeit vorzuziehen, wäre man zum 3. März in die Hände übergeben, wodurch die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit zur Lastade geworden wäre. Außerdem wäre die sofortige Einführung weiterer Verbesserungen in sozialer Beziehung erfolgt. Ein einseitiger Verrat von 6.000 an wurde bereits vorbereitet.

Gegen dieses Abkommen sind die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter mit allen Mitteln Sturm gelaufen. Einmütig wurde es von allen Mitgliedern abgelehnt. Ganz besonders aber haben sich gemehrt die Hunderttausende von Arbeiterinnen, die in der chemischen Industrie beschäftigt sind, früher im Fabrikarbeiterverband organisiert waren, aber in den letzten Monaten empört über den händigen Verrat der Gewerkschaftsbürokratie der Organisation den Rücken gekehrt haben. Diese Arbeiter behaupten mit Recht, daß der Fabrikarbeiterverband und die Industriellen überhaupt kein Recht haben, über ihr Geschick zu bestimmen, und daß es eine Klammerei sonderergleichen ist, Verträge abzuschließen, die für sie bindend sein sollen, obgleich man sie überhaupt nicht um ihre Meinung gefragt hat.

Der Interessenkonflikt der chemischen Industrie hat zuerst versucht, in den Ludwigshafen-Opfer Betrieben die Arbeiterfront zu zwingen, den Vertrag anzuerkennen. Die Arbeiter haben über diese Zinnumutung gelacht und geschlossen haben sie drei Tage lang nach vollkommener achtstündiger Arbeitszeit den Betrieb verlassen. Wütendbrannt hat die Direktion, als sie ihren Plan scheitern sah, die gesamte Belegschaft, über 20.000 Mann, ausgesperrt. Schon wenige Stunden nach der Stilllegung des Betriebes hat die Direktion durch die händliche Polizei unter der friedlich beieinanderstehenden Arbeiterfront, die schließlich über die Auslieferung beschützt hat, ein entsetzliches Blutbad anrichten lassen. Eine Anzahl Tote und über 45 Säumer und Verletzte sind zu verzeichnen. Angesichts dieser ungeheuerlichen Tatsache hat die gesamte Arbeiterfront einmütig beschlossen, den für aufgezwungenen Kampf nun ihrerseits ebenfalls mit allen Mitteln zu führen. Sie ist fest entschlossen, Gleiches mit Gleichem zu vergelten und kein Mittel unversucht zu lassen, die toten Kollegen zu rächen und dem Antikindustrial eine verachtliche Niederlage beizubringen.

Der Kampf, der nun in schärferer Form geführt wird, ist nicht mehr eine Angelegenheit der Ludwigshafener Arbeiter allein. Und es ist auch nicht eine Frage um eine Stunde Mehrarbeit oder nicht, sondern er bedeutet die Aufrichtung der Machtfrage zwischen dem gesamten Proletariat des Reiches und der chemischen Großindustrie. Es ist die Aufrichtung der Machtfrage zwischen Kapital und Arbeit. Es ist revolutionärer Klassenkampf und ein Vorpostenkampf für die Revolution.

Die Auswirkungen dieser Auseinandersetzung werden von den Klassenossen des In- und Auslandes in ihrer ganzen

Konsequenzen verstanden werden müssen, weil allein aus der Erkenntnis dieses Kampfes die Zukunft des gesamten Chemieproletariats abhängen wird. Der Anfang der Bewegung hat gezeigt, daß trotz der verärgerten bürgertlichen-Arbeitsgemeinschaftlichen Politik der sozialdemokratischen Führer der Gewerkschaften alle Brutalität des chemischen Großkapitals nicht vermocht hat, das Klassenbewußtsein und die Tatkraft der chemischen Arbeiter zu vernichten. Es ist aber unbedingt notwendig, daß diese Tatkraft und Entschlossenheit sich ebenfalls sofort auswirkt in den Gebieten, in denen die Anilinfabrikation und Farbbetriebe ihrer Ausdauerbereitschaft haben. Die Art der Konzernbildung, die Verfrachtung der gesamten chemischen Produktion, zwingt die Arbeiter der Erzeuger- und Schmelzwerke, ebenfalls aktiv aufzutreten und in drüberlicher Solidarität in den Kampf zu treten, wenn sie nicht Streikbrecher an ihren Klassengenossen werden wollen und wenn sie die Gefahr, die ihnen in gleicher Weise wie den Kämpfern in Ludwigshafen droht, durch kraftvolle Gegenmaßnahmen verhindern wollen.

Es wäre ein Irrtum anzunehmen, daß der Kampf auf Ludwigshafen-Opfer laßfertig bleiben kann. Es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, wenn die Chemieproletariate in Mitteldeutschland, in Ost- und Westpreußen der Meinung wären, ihnen blieben die alten Rechte erhalten, weil man bei ihnen bis heute noch nicht den Vorstoß unternehmen und ihnen den schätzbaren Arbeitstag geraubt hätte. Ludwigshafen ist das Versuchsojekt der Interessenlosener. Müßte das Ludwigshafener Chemieproletariat kapitulieren, dann wäre dem Besten, was dem gesamten Proletariat! Die Niederlage von Ludwigshafen würde werden das Todesurteil nicht allein für alle Arbeiter der chemischen Industrie, sondern auch für das gesamte Proletariat.

Sieg oder Niederlage bestimmen in diesem Kampfe darüber, ob das Proletariat sich seine Menschenrechte wieder erkämpfen können. Ein Sieg der Arbeiter der chemischen Industrie muß bedeuten ein Vorwärtsschreiten auf revolutionärer Bahn, bringt mit sich die Wiedererlangung verlorener Rechte, schafft Freiheit, Brot und Leben für die ganze Arbeiterklasse und die herauswachsende Generation.

Ein Sieg des Kapitals bringt auch Arbeitslosigkeit, weniger Lohn, Not und den wirtschaftlichen sozialen Untergang unserer Klasse. Das Chemieproletariat würde noch mehr wie bisher willenloses Ausbeutungsobjekt des chemischen Großkapitals sein und die Gefahren für sein Leben in ungemessene steigern. Darüber hinaus würde die Niederlage mit sich bringen die Unterdrückung der Klassengenossen der anderen Länder.

Aus allen diesen Gründen ist es notwendig, daß die Basis des Kampfes sofort verbreitert wird, daß die Aktion zummit und eine Einheitsfront des Kampfes über das ganze Reich hergestellt wird. Der Kampf kann aber nicht geführt werden nach den Methoden der arbeiterspezifischen Gewerkschaftsreformisten, die stets nur in elenden Kompromissen am grünen Tisch gipfen. Auf Seiten der Bourgeoisie steht der Staat mit seinen Machtmitteln. Die Ereignisse in Ludwigshafen reden eine zu deutliche Sprache, als daß die Arbeiterklasse nicht zu der Einsicht gelangen müßte, daß diese Kampfmethode der Unternehmer noch viel schärfere der Arbeiterklasse entgegensteht als die bisherige. Der chemischen Proletariat aufgewungene Kampf muß mit sich bringen eine scharfe Abrechnung mit allen den Verbündeten, die an ihm befangen worden sind. Es darf kein Mittel geben, das nicht angewendet werden kann. Jede Methode muß recht sein, um dem Gegner zu beweisen, daß er nicht angriffen die Arbeiter hinstimmen darf. Die Opfer, die gefallen sind, stehen im Interesse des Gesamtproletariats, und die Arbeiterklasse ist es ihnen schuldig, daß diese Opfer nicht umsonst gebracht worden sind.

Durch das gesamte Reich, durch alle Bezirke, durch alle Orte, durch jeden Bezirk muß ein Sturm der Entrüstung brausen. Überall dort, wo Proletariat zusammenfinden, müssen sie Stellung nehmen zu dem Riesenkampf, der in der chemischen Industrie entbrannt ist. Jede Position, jede Stellung, die Arbeiter belegen können, ist zu benutzen, um die Bewegung zu stärken. Jeder, der sich weigert, mitzugehen an diesem großen Existenzkampf der Chemieproletariate, ist ein Verräter am Proletariat. Mit Schimpf und Schande müssen solche Leute aus den Reihen der Arbeiter gejagt werden, die sie Verrat üben können.

Aus dem gemauerten Sturm der Proteste, aus dem Anzeichen der Solidaritätsaktionen werden die Ludwigshafener Arbeiter erleben, welchen gewaltigen Widerhall ihr Kampf gefunden hat. Neuer Mut und neue Kraft wird ihnen erwachen. Einheitsfront mit sich die Bewegung ausbreiten auf das gesamte Reich. Im Kampfe werden dann stehen alle Proletariate in einer Front, gestellt von einem Willen, gerüstet zum entscheidenden Kampf, getragen von der unbedingten Zuerstschau des endgültigen Sieges.

Eine Vorwärtslumperei

In der Sonnenbrunnen des Vormärts lesen wir nachstehende Notiz, die, weil sie das Licht der Welt scheuen muß, in der äußersten Ecke verweilt ist:

„In Ludwigshafen a. Rh.-Oppau wird „der heiße Kampf“ in der badischen Anilin- und Sulfidfabrik weitergeführt. Etwa 1000 Mann drangen gestern in das Werk ein, das von der Gendarmerie wieder geräumt wurde. Der Haupteingang zum Fabrikhof wird von französischen Infanterie bewacht. Auch auf dem Strohen trittet das französische Militär die Anfallungen. Der Kampf wurde in Ruhe und so mit Aussicht auf Erfolg geführt, wenn die Kommunisten nicht wieder die Hände im Spiel hätten.“

In seinem einzigen Bericht der bürgerlichen Presse haben wir bis heute gefunden, daß in Ludwigshafen die Kommunisten wieder ihre Hände im Spiel hätten. Dem „Vorwärts“ als „Arbeiterblatt“ bleibt es vorbehalten, mit derartig läbigen Manieren den Versuch der Sabotage in dem Kampf der Arbeiter um den Achtstundentag zu unternehmen.

Der „Vorwärts“ mißbilligt sich nicht, Unternehmerinteressen offen in seinen Spalten zu vertreten, wenn er von dem heißen Kampf spricht. Ob sich wohl andere sozialdemokratische Blätter finden werden, die jene „Vorwärts“lumperei mitmachen?

Erpressung zum Streikbuch

(Eig. Ber.) Düsseldorf, 8. März.

Sie werden etwa 40 Prozent der Erwerbslosen die Unterstützung entgegen. Damit werden mehr als 10 000 Arbeiter mit etwa 30 000 Angehörigen vor die Wahl gestellt, entweder ganz zu verhungern oder sich durch die beschriebenen oder privaten Streikbrechervereinstellungen als Streikbrecher anwerben zu lassen. In Düsseldorf haben diese Verbände bereits begonnen für das Brandtensche „Stammes-Brot“ und das „Hilfslohn“. Durch diese Taktik wird eindringlich die Notwendigkeit des engen organisatorischen Zusammenhanges der in Betrieb stehenden und der ausgesperrten Proleten bewiesen.

Die Thüringer Metallarbeiter Kampfschlössen

(Eig. Ber.) Jena, 8. März.

Eine dieser Tage vorgenommene Abstimmung der Arbeiter in den Thüringer Metallbetrieben hat gezeigt, daß die Arbeiter entschlossen sind, den Kampf für die Aufrechterhaltung des Achtstundentages mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu führen. Bei der Abstimmung wurden 91 Prozent der Stimmen für den entscheidenden Kampf, für Aufrechterhaltung des Achtstundentages abgegeben.

Streik der Sulzer Buchsenmacher

(Eig. Ber.) Sulz, 8. März.

Obwohl in dieser Branche nur gelernte Facharbeiter in Frage kommen, haben die Unternehmer die Böse der Umrechnung in Goldmark um andernd 40 Prozent gegenüber der Vortriestzeit gestiftet. Die Buchsenmacher verlangen eine Aufbesserung der Arbeiterpreise, und zwar so, daß ein Stundenlohn von mindestens 60 Pfennigen herauskommt. Ueber drei Wochen währt der Kampf; die Buchsenmacher verharren weiterhin einmütig im Streik. Die Buchsenmacher wissen zu genau, daß wenn sie sich gegenüber diesen immer härter eingehenden Ausbeutungsmanieren nicht wehren, sie in einen Zustand der härtesten wirtschaftlichen Verelendung verurteilt werden.

Textilarbeiter-Ausperrung auch in Ostschlesien

(Eig. Ber.) Jitau, 8. März.

Die Jitauer Morgenzeitung veröffentlicht eine Jutdrift des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie Ostschlesiens, aus der hervorgeht, daß die Textilindustrie in Ostschlesien noch im März und im Oktober der Jutgeiern ihrer gesamten Arbeiterschaft für den nächsten zulässigen Termin geltend zu haben. Der Grund hierfür sei in einem Konflikt im Betriebe der Mechanischen Weberei Jitau über die Auslegung der Arbeitszeitverordnung zu erbilden.

Die Textilarbeiter diffundieren den ausgebeuteten Textilarbeitern und -arbeiterinnen die neunstündige Arbeitszeit auf Grund der Arbeitszeitverordnung.

Das Betriebsrätegesetz und die Aufgaben der Betriebsräte

Welche Aufgaben können die Betriebsräte im Interesse des revolutionären Proletariats im Rahmen des Betriebsrätegesetzes erfüllen? Sind sie als revolutionäre Betriebsräte an das Betriebsrätegesetz gebunden oder haben sie das Recht und die Pflicht, vom Betriebsrätegesetz ausgehend, seinen Rahmen zu sprengen im Interesse des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse?

Diese Fragen laugen jetzt, wo die Betriebsrätebewegungen hervortreten, erneut auf. Sie heißen um so dringender eine Verantwortung, als das Unternehmensrecht unter dem Schutz des Belagerungsstandes immer offener daran geht, auch das Betriebsrätegesetz, das letzte, käufliche Ueberbleibsel der Novemberrevolution zu beseitigen, nachdem mit Hilfe des von den Sozialdemokraten den Herren Sinnes und Ko. freundliche apportierten Ermächtigungsgesetzes, die Schutzbestimmungen der Demobilisierungsverordnungen und der Achtstundentag beseitigt sind.

Die Kommunistische Arbeiterpartei hat feinerzeit, als die ersten Wahlen auf Grund des Betriebsrätegesetzes zu den Betriebsräten erfolgte, die Wahlentscheidung proklamiert, weil das Gesetz ein Gesetz der Gegenrevolution sei. Durch diese Entschlossenheit der KAPD, an den Tageskämpfen der Arbeiterklasse aktiv teilzunehmen und von ihnen aus den revolutionären Kampf des Proletariats gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung und ihren Staat zu beginnen, entfernte sie sich selbst aus den Reihen der kämpfenden Arbeiterklasse. Der Tod der KAPD, beweis am deutlichsten, daß ihre Antwort auf die eben gestellten Fragen falsch gewesen ist.

Die revolutionären Arbeiter, die im unerschrockenen Kampf gegen die Sozialdemokratie und gegen die reformistischen Gewerkschaftsführer stehen, müssen sich an den Wahlen zu den Betriebsräten beteiligen, um den Schemel zu finden, der die revolutionären Kämpfe auslöst, die mit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung auch ihr Betriebsrätegesetz beseitigen. Sie müssen um so mehr mit offenem Visier und klarem revolutionärem Programm in diese Wahlen hineingehen, als auch das Unternehmensrecht in seiner Offensiv gegen das Betriebsrätegesetz und gegen die Betriebsräte nicht Halt machen vor dem Aufstehen des Gesetzes.

Genau, das Betriebsrätegesetz selbst ist schon ein Produkt der zurückstulenden Revolution. Es ist ein Erzeugnis der Arbeitsgemeinschaft zwischen Unternehmen und reformistischen Gewerkschaftsführern, die gerade durch dieses Gesetz dem Proletariat die Fesseln anlegen wollten, die es hinderten, weiterzukämpfen auf dem Wege der Produktionskontrolle und der Verpelung der Produktionsmittel durch den Kampf der Betriebsräte.

Ganz deutlich sagt der § 63, daß „dem Betriebsrat ein Eingriff in die Betriebsleitung und selbständige Anordnung nicht zulässig“. Das Herrrentrecht des Unternehmers im Betrieb, sein uneingeschränktes Recht über die Produktionsmittel nach seinem Gutdünken, nach den Gesetzen seines Profites zu verfügen, ist damit von den Arbeitsgemeinschaften eindeutig anerkannt.

Aber das Herrrentrecht des Unternehmers über die Produktionsmittel gründet sich nicht allein auf die Paragraphen eines Gesetzes. Es hängt ab in seinem Bestande und seiner Auswirkung von der Kraft, die auf der einen Seite die Unternehmer zu seiner Durchsetzung und auf der anderen Seite von der revolutionären Entschlossenheit, die die Arbeiter zu seiner Aufhebung aufbringen.

Und da bietet das Betriebsrätegesetz, so gegenrevolutionär und unternehmerfreundlich es ist, noch Anhaltspunkte genug, um die Arbeiter im Betrieb, wenn sie von wirklich revolutionären Betriebsräten geführt werden, zu einer Erweiterung und schließlich Aufhebung des Betriebsrätegesetzes in ihrem Interesse zu mobilisieren.

Es ist der § 74, der den Unternehmer verpflichtet, sich bei Entlassungen und Einstellungen einer größeren Arbeiterzahl mit dem Betriebsrat abzusprechen. Das Betriebsrätegesetz „möchtlich längere Zeit vorher über Art und Umfang der erforderlichen Einstellungen und Entlassungen und über die Vermehrung von Herten bei diesen im Einvernehmen zu setzen“. Da ist der § 84, nach dem aus verschiedenen Gründen die Arbeiter- und Angehörtenrechte Einpruch gegen Kündigungen innerhalb acht Tagen erheben können. Da ist der § 84, der, abgesehen von bestimmten Ausnahmefällen, die Kündigung von Betriebsräten verbietet, auch wenn der Unternehmer eine Entschädigung anbietet.

beitszeitverordnung. Die Textilarbeiterklasse lehnte einmütig ab. Das Unternehmensrecht ist nun in Ostschlesien ebenso wie im Westlande brutal zehnjährige von Arbeitern und Arbeiterinnen auf die Straße. Das schändliche Textilarbeiter wird sich aber auch durch Hunger nicht zwingen lassen, sondern kämpfen für den Achtstundentag wie das rheinisch-westfälische Proletariat.

Die jüdischen Industriellen diktieren den Zehnstundentag

(Eig. Ber.) Leipzig, 8. März.

Der Arbeitgeberverband für das Königreich und die Provinz Sachsen in Leipzig legte die zehnjährige Arbeitszeit am 13. März fest. Bei Ablegung des Arbeitsschmiedens erfolgt Entlassung. Die Organisation der Bauarbeiter ist auf dem Weg, gegen das Diktat der Unternehmer mit allen Mitteln zu kämpfen.

Der Achtstundentag der Dreder Arbeiter

(Eig. Ber.) Dresden, 9. März.

Die Dreder Arbeiter haben mit dem Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Deutschhiesigen einen Antrag an die achtstündige Arbeitszeit für die jüdischen Arbeiter und Angehörten fordert.

Der Kampf im Kölner Industriebezirk

(Eig. Ber.) Köln, 8. März.

Auf der „Roten Erde“ bei Aachen (Steinforten) dauert der Kampf unermüdet an. Er hat seit Herbst überhaupt nicht mehr aufgehört. Im Braunkohlebergbau ist bei Frechen durch aktive Sabotage von Christen und Sozialdemokraten ein kleiner Teil der Front eingebrochen. Von den insamamt 18 000 Streikenden haben sich fast 3000 zum Streikfuß bewegen lassen. Die Streikleitung erklärt, daß damit eine wesentliche Schwächung der Abwehrkraft der Braunkohlearbeiter noch nicht erreicht ist. Zweck Ziel der Unternehmer ist die Einführung des Arbeitszweitsystems. Das würde also den Zehnstundentag bedeuten. Bei der Entfernung der Arbeitsschichten von den Wohnungen würde effektiv für die Arbeiter der 14. stundenweise der 16(1)-Stunden-Tag herauskommen.

Diese Paragraphen sind es gerade, gegen die sich heute die Offensive der Unternehmer richtet. Sie wollen Herrchen sein über die Produktionsmittel, sie wollen unumhinkbar regieren und herrschen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, über das Leben der Arbeiterklasse, die ihnen zehn und zwölf Stunden jemen müssen.

Da sind schließlich die Paragraphen, die den Arbeiter- und Angehörten zur Pflicht machen, auf die Verleumdung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, die Gesundheitsvorschriften und sonstige in Betracht kommenden Stellen bei dieser Verleumdung durch Anregungen, Beratungen und Aufsicht zu unterstützen, sowie auf die Durchführung der gemessenen Bestimmungen und auf die Durchführung der Bestimmungen hinzuwirken. Welch großes auch politisch wichtiges Betätigungsfeld eröffnet sich da heute den Betriebsräten, wo von Rechts wegen alle Vorsorgebestimmungen abgebaut und die Unfallverhütungsvorschriften längst in einen fetten Papier verwandelt sind!

Wenden die Betriebsräte diese Bestimmungen des Gesetzes nur entschlossen an, so werden sie durch ihre Tat den hinter ihnen stehenden Arbeitern, als deren Vertrauensleute sie gewählt sind, bald klar gemacht haben, daß nur der Kampf gegen die kapitalistische Produktionsweise überhaupt, gegen das Verfügungsrecht des Unternehmertums, das gerade durch das Betriebsrätegesetz stabilisiert werden sollte, selbst die beschriebenen Arbeiterpflichtbestimmungen dieses Gesetzes verwirklicht werden können.

Und da gibt es im Gesetz noch einen Paragraphen, der den Betriebsräten einen Angriffspunkt auch nach dieser Richtung hin gewährt. Der § 66, Ziffer 1, stellt dem Betriebsrat die Aufgabe, „die Betriebsleistungen mit Rat zu unterstützen, und für mögliche Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen zu sorgen“. Das Unternehmensrecht und die reformistischen Gewerkschaftsbureaufanten glauben, daß sie diese Bestimmung erfüllen, wenn sie den Zehnstundentag durchsetzen und die überflüssig gemachten Arbeiter auf die Straße werfen. Der revolutionäre Betriebsrat erfüllt diese Aufgabe durch den Kampf um den Achtstundentag, gegen die Produktionsabsotage, durch die Aufhebung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess unter Mitwirkung der Arbeiterklasse und der Kontrollauschüsse, so tut er den ersten Schritt zur Produktionskontrolle durch die Betriebsräte und zur Aufhebung der kapitalistischen Anarchie, die die Betriebsleistungen mehr und mehr vernindert.

Diese sich auf die Produktion selbst beziehenden Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes sind die, die ausgenutzt und von der Arbeiterklasse im Kampfe erweitert, auf die ursprünglichen Aufgaben der Betriebsräte hinweisen.

Die Führung der Lohnkämpfe haben die Betriebsräte praktisch oft übernommen, weil die zu ihrer Führung berufenen Gewerkschaften unter der Führung der Reformisten hier schamlich verlag haben. Bei diesen Lohnkämpfen wirken die Betriebsräte häufig auch als Gewerkschaftsfunktionäre, zum großen Teil aber auch abseits von den Gewerkschaften. Auch wenn einmal das Herrrentrecht der Gewerkschaftsbewegung bei den revolutionären Industrieorganisations liegen wird, so werden doch in allen Fragen, die die Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Betrieben und die Verwertung der Arbeitskraft betreffen, die Betriebsräte ausschließliche Organe der Gewerkschaften sein. In der Kontrolle und Verwertung der Produktion aber sind die Räte selbständig, nur die ganze Macht und Verantwortung auf ihnen, die befristweise und als Spitze im Reichsamt zentralisiert sind.

Die gewaltige Aufgabe, die die Betriebsräte zu bewussten Trägern des Kampfes um die Produktionsmittel und die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse zum Sozialismus aufzu, muß, wenn die Arbeiterklasse nicht noch immer tiefer in Desot und Elend verfallen soll, bald gelöst werden.

Darum gilt es, bei den Betriebsrätearbeiten die Frage des Kampfes und die Erhaltung und Erweiterung des Betriebsrätegesetzes seiner Aufhebung im Herzen um die Kontrolle über die Produktion und die Verwirklichung der Produktionsmittel in den Vordergrund zu stellen. Nur solche Arbeiter und Arbeiterinnen, die entschlossen sind, diesen Kampf zu führen, der zugleich ein Kampf ist um die Herausgabung der politischen Mäite in Deutschland, dürfen die Vertrauensleute der Arbeiterklasse in den Fabriken und Werkstätten werden.

